

**„Call for Papers zur Sektionstagung zum Thema „(Des-)Integrationsdynamiken. Politische Ökonomie der Eurokrise“, 9./10. Oktober 2014, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der HBS, Düsseldorf**

Auch gut fünf Jahre nach Ausbruch der Weltfinanzkrise befinden sich die Europäische Union und insbesondere die Eurozone in einem politökonomisch prekären Zustand. Offenkundig hat sich die Krise nicht nur verlagert: ausgehend von den Finanzmärkten, über die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung auf die öffentlichen Haushalte und die Gemeinschaftswährung, und von dort auf die sozialen Sicherungs- und Lohnsysteme bis hin zu den Institutionen und Verfahren demokratischer Kontrolle und Partizipation. Die verschiedenen Krisendimensionen haben sich zugleich kumuliert und wechselseitig verstärkt. Besonders dramatisch stellt sich die Situation dabei in der (süd-)europäischen Peripherie dar, während in den Ländern mit einer robusteren Wirtschaftsstruktur und strukturellen Leistungsbilanzüberschüssen die Krisenstimmung eher schwach ausgeprägt ist. Dies deutet darauf hin, dass sich die ungleiche Entwicklung innerhalb der EU bzw. des Euroraumes reproduziert. Hierbei spitzen sich nicht nur die sozioökonomischen Problemlagen, sondern auch die macht- und integrationspolitischen Konflikte vielfach zu.

Die DVPW-Sektion „Politische Ökonomie“ will sich auf ihrer Jahrestagung 2014 mit den strukturellen Ursachen und Machtbeziehungen, den Verlaufsformen und Implikationen der Eurokrise eingehender auseinandersetzen. Entsprechend geht es auf der Tagung erstens darum zu eruieren, welche Verhältnisse zum Ausbruch der Krise beigetragen haben, und ob und inwiefern sie fortbestehen oder aber verändert worden sind. Zweitens richtet sich der Blick in der Verlaufsperspektive vor allem auf das europäische und nationale Krisenmanagement, also die Reforminitiativen, die in den zurückliegenden Jahren ergriffen wurden sowie mögliche alternative Lösungswege und deren politische Durchsetzbarkeit. Drittens schließlich sollen die sozialen, demokratischen und integrationspolitischen Implikationen des Krisenmanagements ausgeleuchtet werden.

Angesichts des vielschichtigen Charakters der Eurokrise haben wir für die Tagung einen weiten Zuschnitt gewählt. Wir sind an Beiträgen interessiert, die sich mit den Krisenursachen und dem Krisenverlauf befassen; die Transformation des Europäischen Wirtschaftsregierens (Reforminitiativen und -konflikte) analysieren; sich in Ergänzung hierzu den nationalen Krisenstrategien (auch in komparativer Perspektive) zuwenden; die arbeits-, sozial- und demokratiepolitischen Konsequenzen der Eurokrise und die hierauf bezogenen Strategien von Parteien, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Wirtschaftsverbänden untersuchen; oder auch die Entwicklungsperspektiven der EU und Eurozone wie auch der nationalen Kapitalismusmodelle ausleuchten. Die Jahrestagung wird am 9. Und 10. Oktober 2014 am WSI in Düsseldorf stattfinden. Der Sektionsvorstand bittet bis zum 30. April 2014 um die Einsendung von Abstracts für Vorträge (max. 300 Wörter) an Hans-Jürgen Bieling ([hans-juergen.bieling@uni-tuebingen.de](mailto:hans-juergen.bieling@uni-tuebingen.de)). Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler werden ausdrücklich ermuntert, Beiträge einzureichen. Über die Zusammensetzung des Programms wird bis Ende Mai 2014 informiert.